

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 9. November 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greiswald G. Illies.  
 Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg J. K. Nootbaar, A.  
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
 furt a. M. Heinrich Eiser. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

## Eröffnung des Landtages.

Berlin, 9. November.

Ministerpräsident Eulenburg verlas die Thronrede; dieselbe besagt, daß in der Finanzlage eine Wendung zum Besseren noch nicht eingetreten sei, die Rechnung von 1891-92 schloß mit einem Fehlbetrag von über 42 Millionen ab, welche durch Anleihen zu decken sind, auch für das laufende Jahr sei ein günstiges Ergebnis, insbesondere wegen des Aufstretens der Cholera nicht zu erwarten. Wegen notwendiger Beschränkung aller Ausgaben muß die Fortführung der Aufbesserung der Beamtenbesoldungen für 1893-94 noch ausgesetzt bleiben, dagegen soll ein Aufheben des Gehalts für die Unterbeamten und das Aufheben für Hilfsarbeiter gefordert werden. Das Komptabilitätsgesetz kann noch nicht vorgelegt werden. Den bedeutsamsten Gegenstand der Beratungen bilde der Abschluß der Steuerreform, das Ziel derselben ist, unter Beibehaltung der unbilligen ungleichen Vorbelastung des Grundbesitzes und der Gewerbetreibenden und unter stärkerer Veranlagung des verehrlichen Besitzes Einkommens im Gegensatz zum Arbeitseinkommen die Steuerlasten zu verteilen, den Gemeinden neue Steuerquellen zu eröffnen und eine gerechtere Verteilung der Gemeindefürsorge unter wesentlicher Beschränkung der Zuschüsse zur Einkommensteuer herbeizuführen. Die Thronrede kündigt die bezüglich der Segenstürze an; der Segensturm wegen Aufhebung der direkten Staatssteuern bestimmt, sämtliche Ertragssteuern einschließlich der Vermögenssteuer als Staatssteuer aufzugeben; das Ergänzungsgesetz soll in mäßiger Weise die Besteuerung des unbeweglichen Vermögens mit Ausschluß des Mobiliars unter Freigabe des kleinen Besitzes einführen; das Kommunalabgabengesetz regelt das Steuerwesen der Gemeinden-Verbände nach festen Gesichtspunkten, es sorgt für Deckung des Steuerbedarfs der Gemeinden für Benutzung der durch Ueberlassung der Realsteuern eröffneten Steuerquellen. Der Ausschluß durch den Verzicht auf die Realsteuern beträgt etwa 102 Millionen, derselbe soll durch die Mehrerträge der Einkommensteuer und der bisherigen Ueberweisungen aus den Steuern und Viehzöllen, sowie den Aufkommen aus der Ergänzungsteuer gedeckt werden.

Die Thronrede drückt die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, auch über die jetzt vorgelegten Entwürfe zu voller Einigkeit zu gelangen. Angekündigt wird ferner die Vorlage eines in Folge des Einflusses der Steuerreform auf die Wählerlisten notwendig gewordenen Wahlgesetzes, ferner eines besonderen Gesetzes über die Verwertung des Fonds von Mehrerträgen der Einkommensteuer, wobei auf die Verbesserung der Lage der Volksschullehrer und Erleichterung der Schullasten Rücksicht genommen werden soll. Die Eisenbahnvorlagen wurden in beschränkterem Umfang erörtert.

Sodann wurde der Landtag für eröffnet erklärt.

## Die Anstellung der Militär-anwärter in Kommunalverbänden.

Mit dem 1. Oktober d. Js. ist das Gesetz, betreffend die Verlegung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militärämtern, in Kraft getreten. In den dazu vom Minister des Innern im Einverständnis mit dem Kriegsminister erlassenen Ausführungsbestimmungen wird im Allgemeinen hervorgehoben, daß das Gesetz die Absicht verfolgt, unter Ausbeutung der für die Stadtgemeinden, die Kreis- und Provinzialverbände wegen der Anstellung von Militärämtern zur Zeit bestehenden Vorschriften, die Grundbesitz, die für die Reichs- und Staatsbehörden bei der Verlegung ihrer Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militärämtern gelten, auf die Kommunalverbände mit denjenigen Maßgaben zu übertragen, die aus der Verschiedenheit der beiderseitigen Verhältnisse sich ergeben. Nähere Bestimmungen des Gesetzes sind auch jenen „Grundbesitz“ fast wörtlich nachgebildet, und bei der Ausführung des Gesetzes ist im Allgemeinen in gleicher Weise zu verfahren, wie bei der Ausführung der Grundbesitz. Von Einzelheiten der umfangreichen Ausführungsbestimmungen mögen folgende hervorgehoben werden. In den Verträgen, welche bei der Vorbereitung des Gesetzeswurfs eingeholt worden waren, war mehrfach ausgesprochen worden, daß Personen, die in den gewerblichen Unternehmungen der Kommunalverbände beschäftigt werden, überhaupt nicht Beamte seien und daß folglich die Stellen dieser Personen bei der Verlegung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen von vornherein auszuscheiden. Der Minister erklärt diese Auffassung unter Berufung auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts für irrig. Die Eigenschaft von Gemeindebeamten könne auch solchen Personen zukommen, müsse es aber freilich nicht. Ob in Fällen dieser Art ein Beamter oder ein privatrechtlicher Dienstverhältnis bestehe, sei in jedem einzelnen Falle eine wesentlich thatfächliche Frage, deren Beantwortung vornehmlich von der Würdigung derjenigen Umstände abhängen, in denen der Vorgesetzte einen erkennbaren Ausdruck gefunden habe. Welche Beamtenstellen (sodann als Subaltern- und Unterbeamtenstellen) zu erachten sind, ist, wenn Zweifel bestehen, im Allgemeinen aus der Analogie der Bestimmungen über die den Militärämtern Stellen zu beantworten. Insoweit auch auf diesem Wege zu einem Ergebnis nicht zu gelangen ist, wird grundsätzlich davon abgesehen sein, daß diejenigen Stellen deren Inhabern eine selbständige Verwaltung übertragen ist, zu solchen Stellen nicht zu rechnen sind, wie die Stellen der Vorsteher von Anstalten, sowie der Brand-

direktoren, Standesbeamten u. s. w. Als Kommunalverbände im Sinne des Gesetzes gelten nicht nur die Kreis- und Stadtgemeinden, die Kreise und Provinzen, sondern auch die kommunalständischen Verbände, die landwirtschaftlichen Verbände der Provinz Hannover, die Bezirksverbände der Regierungsbereiche Kassel und Wiesbaden, die Bürgervereine in der Rheinprovinz, die Gesamtarmenverbände und Begeverbände u. s. w. Im übrigen muß daran festgehalten werden, daß das Gesetz nur von Beamten in der Verwaltung der Kommunalverbände spricht, es also keine Anwendung auf die Stellen von Personen findet, die, wie z. B. nicht selten in der Rheinprovinz und in Westfalen sich lebhaft in einem persönlichen Dienstverhältnis zu dem an der Spitze des Kommunalverbandes stehenden Beamten befinden. Als Militärämter im Sinne des Gesetzes sind nur solche Inhaber von Zivilverordnungen zu betrachten, die in preussischen Kontingente oder in einem unter preussischer Verwaltung stehenden außerpreussischen Kontingente oder in der kaiserlichen Marine gedient haben. Zu vorübergehender Beschäftigung als Hilfsarbeiter oder Vertreter können auch Nichtverordnungsbeamte angenommen werden, doch darf eine solche Beschäftigung sich nicht zu einer Umgehung der Vorschriften des Gesetzes gestalten. Es ist bei passender Gelegenheit darauf hinzuwirken, daß den aus Militärämtern hervorgegangenen Beamten Gelegenheit zur Erwerbung der Befähigung für das Amt in höhere Dienststellen geboten wird. Die Aufsichtsbehörden erster Instanz sollen von den ihnen unterstellten Kommunalbehörden ein nach Klassen zu ordnendes Verzeichnis sämtlicher Subaltern- und Unterbeamtenstellen einfordern, die am 1. Oktober d. Js. im Dienste des Kommunalverbandes vorhanden waren, und diese Verzeichnisse sind fortzuführen und eingetragene Veränderungen den Aufsichtsbehörden anzuzeigen.

## Deutschland.

Berlin, 9. November. Die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers in Wernigerode wird, wie nach der „Magb. Ztg.“ verlautet, am 14. d. M. gegen 6 Uhr Abends erfolgen. Offizieller Empfang findet nicht statt. Für die Abreise des Kaisers ist der spätere Abend des 15. in Aussicht genommen.

— Zu dem griechisch-rumänischen Streite wird der „Köln. Ztg.“ aus Berlin geschrieben: Soweit sich bisher übersehen läßt, sind alle Kabinette der Großmächte darüber einig, daß die Japansche Angelegenheit ausschließlich eine Rechtsfrage und keine politische Frage ist, und daß sie also keine Ursache haben, sich in dieselbe in der von Griechenland gewünschten Weise einzumischen. Die Annahme, daß Griechenland unter russischem Einfluß gehandelt habe, hält man in diesem diplomatischen Streifen für unbegründet; Eritupis sei vielmehr wohl von der Absicht geleitet gewesen, seine Stellung im Bunde zu verbessern. Uebrigens habe die russische Regierung bei den europäischen Mächten keinen Schritt gethan, um die griechischen Wünsche zu unterstützen.

Kiel, 8. November. (W. T. Z.) Der Kaiser besichtigte im Laufe des Nachmittags das Panzerschiff „Vörs“ und die Korvette „Raiserin Augusta“, machte dann auf dem „Meteor“ eine Fahrt in See und verweilte von 4 bis 5 Uhr am Bord des Flaggschiffes „Admiral“. Die Rückfahrt ins Schloß erfolgte um 5 Uhr, woselbst um 6 1/2 Uhr eine größere Tafel stattfand.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. November. Dr. Theodor Kohr, bisheriger Kanzler des kaiserlichen Erzbischofs, ist heute an Stelle des verstorbenen Erzbischofs Landgraf Friedrich Egon von Fürstenberg zum Fürstbischöflichen von Olmütz gewählt. Diese Wahl ruft großes Aufsehen hervor. Der neue Erzbischof ist jüdischer Abstammung. Sein Vater trat seiner Zeit zum Christentum über; er war sehr arm und diente lange als Tagelöhner. Fürstbischöf von Olmütz ist in Mähren geboren und jetzt 47. Lebensjahre; er neigt zur christlichen Partei, ist aber in nationaler Hinsicht gemäßigter und keineswegs Gegner der Deutschen. Seine Wahl bedeutet den Sieg des bürgerlichen Elements über das adeliche innerlich des kaiserlichen Hofes, welches traditionell sehr exklusiv war. Gestern noch glaubte alle Welt, entweder Graf Belcredi oder Graf Potulitzki werde gewählt. Das kaiserliche Erzbischofamt umfaßt auch die drei preussisch-schlesischen Provinzen Pommern, Posen und Westpreußen.

Wien, 8. November. (W. T. Z.) Die aus Anlaß der Choleraepidemie österreichisch-ungarischerseits durch die Ministerialverordnung vom 10. Oktober erlassenen Waaren-Ein- und Durchfuhrverbote sind zum größten Teil aufgehoben. Ausgeschlossen bleiben aus ferner folgende Artikel: Haden, ungereinigte Trennwolle, für den Handel bestimmte alte, getragene Kleidungsstücke, altes, getragenes Schuhwerk, Leib- und Bettwäsche im gebrauchten, ungereinigten Zustand. Jedoch findet auf Reise- und Lieberbedeckungs-Effekten das Ein- und Durchfuhrverbot — unbeschadet der hinsichtlich derselben angeordneten sanitätspolizeilichen Maßnahmen — keine Anwendung.

Wien, 8. November. (W. T. Z.) Abgeordnetenhaus. Der Referent für die eingegangenen Petitionen, Prosslowitz, forderte die Regierung dringend, auf den Bau der Kanäle Donau-March-Donau, eventuell Donau-March-Donau-Weiß, sowie Donau-March-Elbe umgesehen in Angriff zu nehmen oder, falls der Bau aus Staatsmitteln undurchführbar sei, alsbald die Initiative zur Durchführung dieser Kanalbauwerke durch Privatkapital zu ergreifen. Ohne diese Kanäle würden alle von den Handelstrassen erhofften Vorteile illusorisch sein.

Wien, 8. November. (W. T. Z.) Der „Pester Lloyd“ bestätigt, daß die Krone gestern die Demission des ungarischen Kabinetts angenommen und dasselbe mit der Fortführung der Geschäfte betraut habe. Der Ministerpräsident Szapary habe seinen Freunden erklärt, er würde einen eventuellen Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts ablehnen.

Wien, 8. November. (W. T. Z.) Das bisherige Kabinet soll mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte vom Kaiser beauftragt sein. Wie es heißt, wäre Graf Szapary entschlossen,

einen Antrag zur Bildung eines neuen Kabinetts abzulehnen.

## Schweiz.

Die Delegiertenversammlung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei in Solothurn hat, dem „Sund“ zufolge, folgendes Initiativbegehren bezüglich „Recht auf Arbeit“ einstimmig angenommen: 1. Das Recht auf hinreichend bezahlte, passende Arbeit ist jedem Schweizerbürger gewährleistet. 2. Die Gesetzgebung der Kantone, des Bundes und der Gemeinden hat diesem Grundprinzip in jeder Weise Geltung zu verschaffen, insbesondere sollen diesbezügliche gesetzliche Bestimmungen getroffen werden: a) zum Zwecke genügender Fürsorge für Arbeitslosigkeit; b) für wirksamen öffentlichen Arbeitsnachweis; c) für den Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen ungerechtfertigte Entlassung und Arbeitsentziehung; d) für unbehinderte Bildung von Arbeiterverbänden und ungehinderten Beitritt zu denselben zum Schutze der Interessen der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgeber; e) für Vergrößerung und Sicherung einer öffentlichen Beschäftigung der Arbeiter in Fabriken und öffentlichen Geschäften durch demokratische Organisation derselben; f) für sichere und ausreichende Unterstellung unerschütterlicher, ganz oder teilweise Arbeitslosen durch Arbeitslosenversicherung u.

Bern, 8. November. (W. T. Z.) Der Bundesrat hat von dem Justizrat Bernoulli Kenntnis genommen und den Gesandten in Paris beauftragt, dem französischen Minister des Auswärtigen Ribot die Erklärung abzugeben, daß die Maßregel, welche der Minister Ribot der Pariser-Mittelmeerbahn auferlegt, weil bei einem schweizerischen Feste die französische Fahne auf einem öffentlichen schweizerischen Gebäude, das auf schweizerischem Gebiet liege, durch eine schweizerische Fahne ersetzt wurde, ihn sehr peinlich berührt habe. Es sei sehr zu bedauern, daß diese Maßregel, welche die Befugnisse der schweizerischen Bevölkerung mit Recht tief verletzt habe, einem unbedeutenden Zwischenfalle privater Natur einen amtlichen Charakter gegeben habe, wodurch die beiderseitigen Landesfarben in Gegensatz zu einander gebracht und der Bundesrat sich verpflichtet sehe, die französische Regierung zu erinnern, daß immer auf schweizerischem Boden eine französische Fahne einer schweizerischen weichen müsse, keine Demütigung für jene vorliege. Der Bundesrat beauftragte außerdem das Eisenbahndepartement mit der Frage, ob nicht in der nächsten Zeit die auf dem schweizerischen Boden liegende Teilstrecke der Pariser-Mittelmeerbahn zurückzukaufen sei.

## Luxemburg.

Luxemburg, 8. November. (W. T. Z.) Die Kammer wurde heute durch den Staatsminister Schyden eröffnet. Bei der Wahl des Präsidiums wurde der Baccant zum Präsidenten und Ch. Simons zum Vizepräsidenten, beide mit 26 von 43 Stimmen, wiedergewählt. Auf Blochauten entfielen bei der Präsidentenwahl 9 Stimmen.

## Belgien.

Brüssel, 8. November. (W. T. Z.) Eine Monstreversammlung wird für den Abend vorbereitet. Mehrere Meetings sind angekündigt, gegen 5000 Personen sind vor dem Maison de peuple angemeldet; der Verkehr ist unterbrochen. Zwei Offiziere der Bürgergarde, welche auf der Place royale „Es lebe das allgemeine Stimmrecht“ gerufen hatten, wurden zu zwei Jahren Degradation und einer Geldbuße verurteilt.

Brüssel, 8. November. Nachts. Gegen 10 Uhr Abends gelang es den Manifestanten, den Kordon der Bürgergarde zu durchbrechen und bis zu dem königlichen Schloß vorzudringen. Die berittene Gendarmarie zersprengte jedoch mit blanker Waffe die Demonstranten, welche nach allen Seiten auseinanderflohen. Der Sturm war unbesiegt. Mehrere Manifestanten wurden schwer verwundet in benachbarte Cafés getragen. — Gegen Mitternacht war die Ruhe überall wiederhergestellt.

## Frankreich.

Paris, 8. November. (W. T. Z.) Das neue Dynamitentat ruft in der Bevölkerung große Erregung und Verwirrung hervor, obwohl die Ansicht vorherrscht, daß die Explosion bei größerer Vorsicht auf Seiten der Polizeibeamten vermieden worden wäre. Die Opfer des Attentats sind Unterbrigadier Formeurin, Kommissariatssekretär Pouillet, Vizepräsident Rogard und Polizeigast Neau, welche auf der Stelle getötet wurden; ferner der Inspektor des Kommissariats Fronteau, der mit verschütteten Beinen und tiefen Wunden an Kopf und Brust sterbend ins Spital gebracht wurde.

Paris, 8. November. (W. T. Z.) Die Abendblätter geben der Entrüstung der Bevölkerung über die Explosion schärferen Ausdruck. Die „Liberte“ weist darauf hin, daß der Streik von Carmaux die revolutionären Leidenschaften auf höchste entzündet habe. Man habe Nachsicht und Langmut geübt und alles gethan, um die Gemüther zu beruhigen. Trotzdem wären die Nachfolger Karasch von den Streikenden als Komplotz erwählt und die Mitglieder des Verwaltungsrats der Gruben-Gesellschaft in Carmaux seien ungedacht aller Konzeptionen den Anschlüssen der Dynamitarden ausgehört. Man spreche so viel von sozialen Fragen, aber all' diese Anführer von Streiks wollten nur den Ruin der Gesellschaft. Es seien wilde Thiere, die man unarmbar gegen niederlagende müsse. Die Regierung möge empfinden, welche großen Fehler sie begangen habe; sie müsse alles thun, damit die Pögel die Massen nicht mehr so leicht zu derartigen Verbrechen aufreizen könnten. Der „Sour“ verlangt gleichfalls die kräftigsten Maßnahmen, nur eine eiserne Faust könne die anarchistischen Verbrecher niederhalten.

Paris, 8. November. (W. T. Z.) Soweit bisher festgestellt, hatte die in der Rue des Bons Enfants explodirte Bombe die Form eines Kochfasses, ähnlich derjenigen, welche bei den im Restaurant Verdrüben Attentaten benutzt worden ist. Von polizeilicher Seite wird die Behauptung, daß durch die Unvorsichtigkeit der Polizeibeamten die Explosion verschuldet sei, zurückgewiesen. Der Chef des chemischen Gemeindegewerks Labouretiers erklärte, die Maschine und der Sprengstoff seien derart gewesen, daß die Explosion bei der geringsten Veränderung der Lage des Geschosses erfolgen mußte.

Paris, 8. November. (W. T. Z.) Durch die Explosion in der Rue des Bons Enfants wurden, wie aus weiteren Meldungen hervorgeht, vier Personen sofort getötet. Ein fünftes Opfer, dessen Tod unmittelbar durch die Explosion verursacht wurde, war der Unter-Brigadier Henriot, welcher im Aufschrit nach der Unglücksstätte eilte und vor dem Thor des Hauses vom Schläge gerührt niederfiel. Dem bei der Katastrophe verunglückten Polizei-Inspektor Troutot wurde das rechte Bein amputiert; der Zustand des Verwundeten ist fast ein hoffnungsloser.

Paris, 8. November. (W. T. Z.) Wie nunmehr weiter festgestellt ist, wurde die auf dem Polizeikommissariat in der Rue des Bons Enfants explodirte Bombe durch den Kassirer der Bergwerksgesellschaft von Carmaux im Entresol des Geschäftsgebäudes der Gesellschaft gefunden. Die Bombe hatte eine kugelförmige Gestalt und war unten mit einem Handgriff versehen. Der Kassirer ließ einen Polizeibeamten holen, der, von einem Bureauarbeiter begleitet, die Bombe nach dem Polizeikommissariat in der Rue des Bons Enfants trug. Diese beiden Personen sowie ein Unterbrigadier und ein Sekretär des Kommissariats standen in der Nähe der Bombe, als dieselbe explodirte, und zwar, wie man glaubt, in Folge einer Verengung des Uhrwerks. Alle vier Personen wurden sofort getötet. Die Leichen sind furchtbar verstümmelt. Ein gerade anwesender Polizei-Inspektor wurde tödlich verwundet. Zwei Stodwerke des Kommissariatsgebäudes wurden völlig zerstört. Die Fensterkränze der unteren Räume sind herausgerissen und eine größere Anzahl Fenster ausgehoben. Die Straße ist mit Trümmern überfüllt. Die Pompier begannen alsbald mit den Aufräumarbeiten an der Unglücksstätte, an der sich auch Vertreter der Behörden eingefunden haben.

Paris, 8. November. (W. T. Z.) Um 3 Uhr Nachmittags begann die Feuerwehr-Mannschaft die Trümmerruine von der Explosionsstätte in dem Polizeikommissariat der Rue des Bons Enfants zu beseitigen. Die Leichen der Getödteten wurden nach einem benachbarten Schuppen geschafft.

Die Minister Loubet und Ricard begaben sich heute Nachmittag in das Geschäftshaus der Bergwerksgesellschaft von Carmaux und hatten daselbst eine längere Besprechung mit den Mitgliedern des Verwaltungsrates.

Wie verlautet, hat die Bergwerksgesellschaft von Carmaux während der nunmehr beendeten Streiks zahlreiche Drohbriefe erhalten, darunter einen, wo in der Gesellschaft androht wird, das Geschäftshaus derselben in die Luft zu sprengen, falls nicht sämtliche entlassene Bergarbeiter sofort wieder eingestellt würden.

Paris, 8. November, Abends. (W. T. Z.) Der Polizei-Inspektor Troutot ist heute Nachmittag 6 Uhr nach der Amputation des Beines gestorben.

Paris, 8. November. (W. T. Z.) Deputiertenkammer. Der Deputierte Chigé interpellirte heute die Regierung über die Lage in London; er erbat sich besonders um Mittheilungen über das Aufreten chinesischer Banen an der Grenze Tonkins. Der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Jarnais, versicherte in seiner Antwort, die Lage in Tonkin sei eine gute, und verlas sodann Telegramme des Truppenkommandanten in Yankong, worin konstatiert wird, daß die Grenzgebiete fast vollkommen von Piraten gesäubert seien. Die in Umlauf gesetzten pessimistischen Gerüchte seien durch Nichts gerechtfertigt. Jarnais gab darauf einen eingehenden Bericht über die in Tonkin ins Werk gesetzten öffentlichen Arbeiten und erklärte, der Generalgouverneur de Vaissan habe sich das Vertrauen der Regierung erworben. Die Deputiertenkammer nahm sodann mit 231 gegen 191 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt wurden.

Paris, 8. November. (W. T. Z.) [Deputiertenkammer.] Im Fortgange der Sitzung richtete Ricard eine Anfrage an die Regierung wegen der heute in der Rue des Bons Enfants stattgehabten Explosion. (Geheime Unruhe.) Jarnais (Rechts) klagte die Regierung der Schwäche an. Der Ministerpräsident Loubet erklärte, die Regierung werde ohne Erbarmen gegen die Urheber dieser barbarischen Handlung vorgehen, forderte alle guten Bürger auf, gegen die verbrecherischen Theorien anzukämpfen, und sprach sich mißbilligend gegen diejenigen aus, welche die Entbehrten aufreizen. (Beifall und Unterbrechnen.) Jernoul hob hervor, die Sozialisten hätten mit den Anarchisten nichts gemein. Hierauf wurden mehrere Tagesordnungen eingebracht. Schließlich wurde mit großer Majorität diejenige Tagesordnung angenommen, in welcher eine Mißbilligung gegen diesen barbarischen Akt ausgedrückt und das Vertrauen zur Wachsamkeit der Regierung ausgesprochen wird. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Marseille, 8. November. (W. T. Z.) Vermutete von der Expeditions-Kolonie in Dalmatien, welche mit dem Dampfer „Tibet“ hier eingetroffen sind, bestätigen, daß die Kolonie stark von Krankheiten, besonders vom Fieber, mitgenommen wurde.

## Italien.

Rom, 8. November. (W. T. Z.) Aus 503 von den 508 Wahlbezirken liegt jetzt das Wahlergebnis vor. Es sind 325 Ministerielle und 101 Oppositionelle, theils Parteigänger Nicotras, theils Radikale, gewählt. 16 Deputierte sind ohne ausgesprochene Parteirichtung. In 61 Wahlbezirken sind Stichwahlen erforderlich.

## Großbritannien und Irland.

Die Nothlage der englischen Industrie wird durch den Mangel an Baumwolle und Baumwollspinnern von Lancashire in eine drückende Verleumdung gerückt. Ihren Ursprung nahm auch diese Krise, wie so viele andere, aus Lohnverhältnissen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, zum Ausbruch kam sie, weil eine glückliche Einigung nicht zu erzielen war. Es ist den Fabrikanten, welchen in Folge der Mac Kinty-Bill der amerikanische Markt gesperrt worden ist, einfach unmöglich, zu den alten Löhnen weiter zu produzieren; um konkurrenzfähig zu bleiben, ist eine der Geschäftskonjunktur entsprechende Verminderung der Produktionskosten, also auch der Arbeitslöhne, unumgänglich. Es liegt auf der Hand, daß die Arbeitgeber sich der zwingenden Logik dieser Schlussfolgerung nur nach langem Widerstreben und nur angesichts der absoluten Unmöglichkeit, auf dem bisherigen Wege weiter zu kommen, unterworfen haben werden, weil sie voraussehen, daß sie damit sich dem Risiko einer Vertriebskrise aussetzen. Die Arbeiter ihrerseits besitzen anscheinend nicht dasjenige Maß von Verstand, auf die Wandlungen der Zeitumstände, oder von Opferwilligkeit für das Interesse der Industrie, der sie ihre Existenz verdanken, sonst hätten sie wohl das gewiß nicht unbillige Verlangen der Arbeitgeber kaum mit allgemeiner Niederlegung der Arbeit beantwortet haben.

Optimisten tragen sich mit der Hoffnung, daß bei der heute jenseits des Atlantik fallenden Entscheidung des Kampfes um die Präsidenschaft der Vereinigten Staaten das demokratische Ticket durchbringen und damit die Rückkehr der Union zu einem milderen sozialpolitischen Gebahren vorbereiten werden dürfte. Inneß erlangen sie leider, für ihre Hoffnung auch nur einen einzigen halbwegs plausiblen Grund beizubringen. Über den Gang der Dinge drüben mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, der sagt sich, daß, mag die heutige Entscheidung fallen wie sie will, dadurch an der Zoll- und Wirtschaftspolitik der Amerikaner etwas Wesentliches nicht geändert werden wird. Auch die Demokraten können und werden als Sieger nicht wagen, an den Grundlagen eines Systems zu rütteln, welches die Emanzipation der amerikanischen Industrie von der europäischen Konkurrenz und die Sicherung des heimischen Marktes für die heimische Produktion auf seine Fahne geschrieben hat. Einzelne Erleichterungen mögen Platz greifen, aber bezüglich ihrer gilt eben der Satz: exceptio firmat regulam. Man wird daher auch bei uns gut thun, alle sanguinischen Erwartungen betreffs der Politik eines demokratischen Präsidenten im Weißen Hause wesentlich herabzustimmen. Den streikenden Arbeitern in Lancashire eröffnet diese Schlage freilich keine glänzenden Chancen. Sie werden schließlich auch ihrerseits den realen Verhältnissen sich anpassen müssen. Und diese letzteren zeigen in England ein immer trübteres Antlitz. Der sechsen veröffentlichte englische Handelsausweis für Oktober zeigt einen Rückgang der Einfuhr um 2 1/2 Millionen Pfund, der Ausfuhr um 2 1/2 Millionen Pfund Sterling gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres. Vergleicht man damit die Gesamtheit der ersten zehn Monate des Jahres, wonach die Einfuhr ein Minus von 1 1/2, die Ausfuhr gar von 19 1/2 Millionen Pfund aufweist, so kommt ein Resultat heraus, welches zu den ernstesten Bedenken für englische Staats- und Wirtschaftspolitik führen muß, namentlich wenn sie erwägt, daß der Winter erst vor der Thür steht und die Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten des nationalen Erwerbes im stetigen Rückgange sich begriffen zeigt.

London, 8. November. (W. T. Z.) Etwa dreihundert beschäftigungslose Arbeiter begaben sich heute Nachmittag unter Entfaltung einer roten Fahne nach dem Bureau der „St. James Gazette“, um gegen einen Artikel des Blattes zu protestieren, in welchem behauptet wird, daß die am Sonabend am Trafalgar Square stattgehabte Versammlung zum Teil aus Gaßendieben und Müßiggängern zusammengesetzt gewesen sei. Der Redakteur der „St. James Gazette“ empfing die Führer der Manifestation. Während der Unterredung versuchte die Menge in das Bureau einzudringen; die Polizei wehrte jedoch dem Vorhaben derselben und zerstreute, nachdem sie sich der Fahne bemächtigt hatte, die Ansammlung.

Rußland. Ein in Giltig eingetroffener Bericht über den blutigen Zusammenstoß des russischen Obersten Jonow auf dem Pamir bei Somotash mit einem afghanischen Vorkapfen besagt, im vollständigen Widerspruch mit dem Berichte des genannten Obersten, dieser habe den Kampf durch verächtliche Behandlung des afghanischen Kommandanten, dem er einen Backenstreich gegeben, gestiftet veranlaßt. Gegen das Ende der Unterredung habe der Afghane eine Pistole gezogen und auf Jonow abgefeuert. Die Kugel habe dessen Ohr getroffen und einen hinter dem Ohren liegenden Knochensplitter verunbart. Darauf sei ein kurzes Handgemenge erfolgt, in welchem alle Afghanen schonungslos getötet worden seien. Im ganzen Hinsicht laufe diese Erzählung um, und die Stimme betrachten den Vorgang als eine bloße Niedermegelei des schwächeren Theils. Oberst Jonow hat bekanntlich berichtet, daß im Gegentheil er durch verachtungsvolles Benehmen des afghanischen Kommandanten herausgefordert worden sei, und wußte Nichts von einer Niedermegelei aller Afghanen. Die Wahrheit wird wohl noch nicht so bald festgestellt werden. An der Thatfache der russischen Okkupation des Pamir vermag sie indessen Nichts zu ändern.

Petersburg, 8. November. (W. T. Z.) Die „Nowoje Wremja“ behauptet auf Grund nunmehr eingetroffener Details melden zu können, daß Rumänien in Sulina am 28. Oktober auf den kleinen russischen Dampfer „Olga“ geschossen hätten, als dieser sich vor dem damals in die Sulina-Mündung wühenden Sturm in die Salina-Mündung retten wollte, woselbst gemäß einer Verfügung der rumänischen Regierung vom 21. September den kleinen Fahrzeugen gestattet sei, im Falle eines Unwetters auf dem Schwarzen Meere die Quarantäne zu absolvieren.

Petersburg, 8. November. (W. T. Z.) Der Gesamtwerth der bis zum 1. September d. Js. aus Rußland ausgeführten Waaren betrug 263,801,000 Rubel, der Gesamtwerth der eingeführten 249,992,000. Darnach stellt sich für die Ausfuhr ein Ueberschuß von 13,809,000 Rubel heraus, während in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1891 bei einem Ausfuhr-Werth von 475,650,000 Rubel und einer Einfuhr im Werthe von 244,361,000 der Ueberschuß sich auf 231,289,000 Rubel belief und im Jahre 1890, wo der Werth der Einfuhr in dem gleichen Zeitraum mit 435,670,000 Rubel dem Werthe der Ausfuhr in Höhe von 248,207,000 Rubel gegenüberstand, sich ein Ueberschuß von 187,463,000 Rubel ergab. Das ungünstige Ergebnis der Handelsbilanz des laufenden Jahres beruht auf der Minderung der diesjährigen Getreide-Ausfuhr, welche sich nur auf 84,951,000 Rubel stellte. In der gleichen Zeit des vorigen Jahres betrug dieselbe 290,756,000 und im Jahre 1890 235,591,000 Rubel.



